

KREIS ARBEITET MIT HOCHDRUCK AN FERTIGSTELLUNG DES RAUMORDNUNGSPROGRAMMS



Viele Kommunen im Landkreis Aurich sind derzeit dabei, weitere Sonderflächen für die Nutzung der Windkraft auszuweisen. Bei den Bürgern kommt das immer weniger gut an.

FOTO: FRANSEN

Windkraft steht vor massivem Ausbau

ENERGIE Bürger kritisieren die Doppelrolle des Landkreises Aurich als Betreiber und Genehmigungsbehörde

Die Bürgerinitiative sieht Verflechtungen, die sie nicht gutheißt.

AURICH/NORDEN/FR/GGM – Windkraft nimmt im neuen Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreises Aurich einen gewaltigen Stellenwert ein. Die Initiative dazu wird jedoch den Kreisgemeinden überlassen. In den Kreisgemeinden werden die Pläne für neue Anlagen zurzeit gerichts-fest gemacht. Die Vorgehensweise bezüglich der Planung von Windkraftanlagen oder Windpark bleibe ohnehin den Gemeinden überlassen, der Landkreis halte sich hier zurück, sagte Kreisplaner Ingo de Vries auf Nachfrage. Diese Option hatte das Land Niedersachsen den Landkreisen an die Hand gegeben. „Andere Landkreise machen das vielleicht anders. Der Landkreis Aurich hält sich hier jedoch zurück“, sagte de Vries.

Die Bürgerinitiative „Weitblick Canhusen“ will das so nicht akzeptieren: Bei dem Kapitel Windkraft ziehe sich der Landkreis damit aus seiner Verantwortung als Planer für den gesamten Küstenraum zurück und überlasse den Gemeinden mithilfe von Flächennutzungsplänen den weiteren Ausbau. Die BI fordert weiterhin Mindeststandard beim Windkraftausbau im Landkreis über Flächennutzungspläne. Die BI „Weitblick Canhusen“ fordert bei der Windparkplanung die Rückkehr zu einem Flächennutzungsplan. „Und damit vom Landkreis die Einhaltung seiner eigenen Vorgaben beim Windkraftausbau“, teilten die Sprecher der BI gestern mit. Der Landkreis versuche beispielsweise mit der Gemeinde Hinte eigene Windkraftanlagen mithilfe von Einzelgenehmigungen durch drücken, nachdem ein Flächennutzungsplan in Hinte schon 2012 gescheitert sei (wie berichtet).

Der Landkreis habe eigens eigene GmbHs gegründet zur Planung und zur Betreibung der anvisierten 15 Mühlen mit

einer Gesamthöhe von 175 Meter. Die BI sieht Verflechtungen, die sie nicht gutheißt: Hintes Bürgermeister Manfred Eertmoed (SPD) sei jeweils der Geschäftsführer auf Gemeindegemeinde, der Landkreis werde durch Berthold Steinert vertreten, dem Leiter des Ordnungsamtes und einer der Geschäftsführer des umstrittenen Windparks in Arle. Zusätzlich zeichne Steinert verantwortlich für die Gutachten zu Lärm und Schattenschlag als Geschäftsführer des kreiseigenen Teams Telematikzentrum in Norden, das auch die Windkraftplaner in Hinte berät.

Massiver Widerstand

Der massive Widerstand aus Canhusen und Loppersum habe bisher den Bau der Mühlen zwischen den beiden Dörfern verhindert, schreibt sich die BI auf die Fahnen. Trotzdem werde unverdrossen an der Durchsetzung der Pläne in Hinte gearbeitet, damit die 15

„Der Landkreis versucht beispielsweise mit der Gemeinde Hinte, eigene Windkraftanlagen mithilfe von Einzelgenehmigungen durch drücken“

Windkraftanlagen im kommenden Jahr gebaut werden können. „Die Interessen der Menschen und die eigenen Standards des Landkreises bewusst übergehend“, so die BI. „So steht die Gemeinde Hinte hinsichtlich ‚Geschmäckle‘ und Planungswillkür auf dem unrühmlichen ersten Platz“ gerichtlich würden diese Zustände in Aurich und Hinte sicherlich nicht gutgeheißen werden, so die Sprecher der BI „Weitblick Canhusen“.

Die Krummhörn hat bereits ein aktuelles Windkraftgutachten mit konkreten Standorten – zusätzlich zum zentralen Windpark Petjenburg in der Schublade, will die Inhalte jedoch erst nach den Sommerferien für die Bürger öffentlich machen und diskutieren. Schon jetzt werden Pläne für Windkraft in Hinte, Arle und dem Brookmerland heftig von Bürgerinitiativen kritisiert. In Hinte sollen 15 neue Riesenwindkraftanlagen des Typs E 82 gebaut werden, die rund 175 Meter hoch sind.

In den Nachbargemeinden stöhnen Bürger unter nervenden Geräuschen der



Das Land will in Sachen Windkraft hoch hinaus. Derzeit sind Anlagen mit einer Gesamtleistung von 7819 MW installiert. Das entspricht fast einem Viertel der bundesweit installierten Leistung. Der Landkreis Aurich ist Spitzenreiter in Niedersachsen.

Strommühlen. Tatsächlich, so urteilen Gutachter, habe der Landkreis auch nach neuen Energiekonzepten des Landes sein Soll mit 250 Megawatt bezüglich der Erzeugung regenerativer Energien durch Wind bereits mehr als erfüllt (wir berichteten). Dennoch muss der Kreis im RROP Vorranggebiete für Windenergie ausweisen. Hier hoffen die Bürgerinitiativen im Brookmerland und Canhusen, dass sie verschont bleiben.

Moratorium

Gefordert ist ein Moratorium für den Zubau neuer Windkraftanlagen im Landkreis Aurich, bis das neue RROP durch den Kreistag verabschiedet wird. Das RROP wurde im Landkreis Aurich seit acht Jahren lang nicht mehr neu aufgelegt, unter anderem auch, weil ein Planer fehlte. Jetzt wird das neue Werk in Stadt- und Gemeinderäten

Meter zu beschränken. Die Samtgemeinde Hage hat dagegen ihre Planungen bereits im vergangenen Jahr mit der Festlegung von Sonderbauflächen im Flächennutzungsplan abgeschlossen.

Keine Obergrenzen

Wie in vielen anderen Kommunen auch, wurden auf Empfehlung des Landkreises Aurich keine Obergrenzen für die Höhe der Anlagen festgelegt. Ursprünglich waren daher von potenziellen Investoren Anlagen mit einer Gesamthöhe von etwa 170 Metern beantragt worden. Das hatte insbesondere in der Gemeinde Lütetsburg für erhebliche Unruhe gesorgt. Der Rat hatte schließlich angekündigt, sein Einverständnis zu den Anträgen zu verweigern. Nach Gesprächen sagten die Investoren schließlich zu, die 100-Meter-Marke nicht zu überschreiten. Eine Nachbefeuern der Anlagen ist somit nicht erforderlich.

Empfehlungen

Die Landesregierung will den Landkreisen konkrete Empfehlungen zum Ausbau der Windkraft geben (siehe auch Infokasten rechts). Derzeit wird im Umweltministerium an dem „Winderlass“ gearbeitet. Bis 2050 sollen Windenergieanlagen an Land 20 Gigawatt (GW) Leistung liefern. Demnach sind rund 4000 Anlagen erforderlich, wenn man von einer zukünftigen Anlagengeneration mit einer durchschnittlichen Leistung von fünf MW ausgeht, um die geplanten 20 Gigawatt zu erreichen. Dafür werden rund 1,4 Prozent der Landesfläche benötigt. Zum Vergleich: Die 5530 Windenergieanlagen in Niedersachsen belegen heute gut ein Prozent der Landesfläche. Der Winderlass wird nach Aussagen des Ministeriums allerdings nicht auf allen Konfliktfeldern zu Lösungen führen. Ausgerechnet bei den Flächenausweisungen für die Windenergienutzung kann der Erlass den zuständigen Behörden keine verbindlichen Vorgaben machen, wie die Sprecherin gegenüber unserer Zeitung betonte. Das kann aus rechtlichen Gründen nur das Landesraumordnungsprogramm. Aber das ist noch nicht abschließend fertig...

WINDERLASS

Das Umweltministerium in Hannover erarbeitet derzeit gemeinsam mit dem Wirtschafts-, dem Landwirtschafts-, dem Innen- und dem Sozialministerium einen **Winderlass**, der durch die Landesregierung noch bis zum Jahresende beschlossen werden soll. Für die Erarbeitung des Erlasses wurde im Februar 2014 ein sogenanntes Dialogforum eingerichtet, in dem die Verbände und Vertreter der Windenergiebranche (Enercon, GE, BWE, WNW, Energiekontor), die Naturschutzverbände (BUND, Nabu), die Unternehmerverbände Niedersachsens (UVN), die Klimaschutzagentur Region Hannover, die Koordinierungsstelle Windenergie recht sowie die Kommunalen Spitzenverbände (NLT, NStGB, NST) die Landesregierung bei der Erarbeitung des Erlasses beraten. Die Landesregierung will mit dem Erlass die Nutzung der Windkraft zur Energieerzeugung massiv ausbauen und den Landkreisen entsprechende Flächenvorgaben machen. Im **Kreisgebiet** sind mit etwa 540 errichteten Anlagen die meisten Windräder des Landes in Betrieb. Über 100 weitere Windräder sind in Planung. Nahezu alle Kreiskommunen haben entsprechende Vorranggebiete ausgewiesen beziehungsweise sind erneut dabei. Gleichzeitig wehren sich immer mehr Bürger gegen die zunehmende **„Verspargelung“ der Landschaft**. Im Landkreis Aurich gingen bereits die Bürger aus Canhusen, Arle und nun auch in Dornum auf die Barrikaden. Sie fürchten eine Minderung der Lebensqualität durch hohe Anlagen, zu viel Lärm und geringe Abstände.